



Donnerstag, 16. Mai 2019

Initiative zur evidenzbasierten Politikgestaltung

Herausforderungen

Globalisierung, demographischer Wandel, Digitalisierung und Klimawandel stellen die **Politik vor wichtige Herausforderungen**. Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert klar strukturierte, transparente und faktenbasierte politische Entscheidungsprozesse. Politische Entscheidungsträgerinnen und -träger, Bürgerinnen und Bürger wie auch Interessenverbände können für die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung auf eine Vielzahl von Informationsquellen zurückgreifen, die in ihrer Fülle kaum überschaubar und in ihrer Qualität zum Teil sehr zweifelhaft sind.¹

Seit einigen Jahren gibt es zunehmend Initiativen in Politik und Wissenschaft, die darauf abzielen, politische Entscheidungsprozesse stärker evidenzbasiert zu gestalten. Die **Rahmenbedingungen** dafür sind heute besser denn je. Die Datengrundlage hat sich deutlich verbessert, die Kosten der Verarbeitung von Informationen sind stark gesunken, die Ausbildung in empirischen Methoden an den Hochschulen wurde ausgebaut und verbessert. In Politik und Verwaltung gibt es vielversprechende Initiativen, Erkenntnisse auf Basis wissenschaftlicher Methoden besser zu nutzen. Damit sind wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen worden, geplante und bereits existierende politische Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, um sie gegebenenfalls zu überarbeiten und zu verbessern.

Gleichzeitig können diese Rahmenbedingungen besser genutzt und der Dialog zwischen Wissenschaft verbessert werden. Zwar müssen in Deutschland gemäß einem Beschluss der Staatssekretäre in Bundesministerien aus dem Jahr 2013 grundsätzlich alle Regulierungsvorhaben mit einem Erfüllungsaufwand von mehr als einer Mio. Euro einer Evaluierung unterzogen werden.² Die Rolle der anwendungsorientierten Wissenschaft, von externen Evaluierungseinrichtungen und der Kompetenzbedarf in den Verwaltungen selbst sind jedoch oft nicht klar beschrieben und ausbaufähig. Chancen und Risiken von Politikmaßnahmen werden deshalb nicht hinreichend erkannt, eine evidenz- und faktenbasierte Diskussion in der Öffentlichkeit wird oft nicht geführt.³ Beispiele aus anderen

¹ Akademien 2014: Zur Gestaltung der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und den Medien.

https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2014_06_Stellungnahme_WOeM.pdf;

² Nationaler Normenkontrollrat 2018: Deutschland: weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung, bessere Gesetze. Einfach machen! Jahresgutachten 2018.

<https://www.normenkontrollrat.bund.de/resource/blob/267760/1536236/1bed933ea006098d6807ab48bd3c8574/2018-10-10-download-nkr-jahresbericht-2018-data.pdf?download=1>

³ Akademien 2014; Verein für Socialpolitik 2014: Evidenzbasierte Wirtschaftspolitik.

https://www.socialpolitik.de/docs/2014/Thesen_Evidenzbasierte_Wirtschaftspolitik.pdf

Ländern wie z.B. die britischen What-Works-Zentren, zeigen, wie die Aufbereitung von evidenzbasierten Studien zielgerecht gestaltet werden kann.

Unsere Ziele

„Mehr Evidenz“ in politische Entscheidungsprozesse zu bringen, erfordert einen intensiven Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Ziel dieser Initiative ist es, diesen **Dialog zu fördern**. Gegenstand des Dialogs soll es zum einen sein, über die Erfordernisse und Methoden von Evaluierungen zu informieren. Zum anderen soll es um institutionelle Strukturen und Rahmenbedingungen gehen. Die Ergebnisse des Dialogs sollen in die verbesserte Nutzung bestehender Infrastrukturen für Evaluierungen und die Entwicklung von Evaluierungsstandards einfließen.

Verantwortliche der Initiative

Die „Initiative zur evidenzbasierten Politikgestaltung“ ist unter dem Dach der Leopoldina angesiedelt. Die Initiative bietet ein Dialog- und Vernetzungsformat mit und für Akteure und Interessierte in Politik und Wissenschaft.

Die Prinzipien Distanz, Pluralität, Transparenz und Öffentlichkeit können als Leitlinien für die wissenschaftsbasierte Politikberatung gelten.⁴ Die Initiative knüpft daran an und wendet diese Prinzipien auf die Evidenzbasierung konkreter politischer Interventionen an.

Bisherige Aktivitäten

Im Mai 2018 veranstalteten Leopoldina und Deutsche Bundesbank einen Workshop zu Lehren aus wissenschaftlichen Evaluierungen in den Politikfeldern Arbeitsmarkt, Gesundheit und Familie, die sich für geplante Evaluierungen der Finanzmarktreformen ableiten lassen. Die Erfahrungen der beteiligten Forscherinnen und Forscher sowie einiger Ministerialvertreterinnen und -vertreter sind veröffentlicht (Leopoldina-Forum Nr. 1).⁵

Im November 2018 fand ein sondierendes Rundtischgespräch zu Strategien und Bedarfen der Verwaltung mit Blick auf evidenzbasierte Politik und Evaluierungen statt.

Konkrete Ansatzpunkte der Initiative

- Unterstützung der Einführung und des Ausbaus von Evidenzbasierung und Sammeln von Beispielen, wie bessere Evidenz zu besseren Entscheidungen führen kann
- Entwicklung von Konzepten, wie methodische Kompetenz aufgebaut und in den laufenden politischen Prozessen umgesetzt werden kann
- Vernetzung, Information und Weiterbildung: Angebot bzw. Stärkung von Formaten der Vernetzung und der Weiterbildung
- Geplant sind folgende Austauschformate mit Bundesministerien:

⁴ BBAW 2008: Leitlinien Politikberatung. http://www.bbaw.de/service/publikationen-bestellen/manifeste-und-leitlinien/BBAW_PolitischeLeitlinien.pdf

⁵ C.M. Buch/ R.T. Riphahn (Hg.) (2019): Evaluierung von Finanzmarktreformen – Lehren aus den Politikfeldern Arbeitsmarkt, Gesundheit und Familie. Leopoldina-Forum Nr. 1. Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Halle (Saale).

- Workshops zu Evaluierungsstrukturen in den Bundesministerien (Konzept, inhaltliche Betreuung)
- Diskussionsrunden
- Kooperation mit dem Normenkontrollrat
- Impuls zur Erleichterung der zeitweisen Abordnung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Verwaltungen (Revision der Verordnung)
- Dialog mit internationalen Partnern/ Beispielen
- Aufbereitung von Ergebnissen und Kommunikation

Projektverantwortliche: Prof. Regina T. Riphahn, PhD

Weitere Mitwirkende:

Prof. Dr. Claudia Buch, Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank

Prof. Dr. Monika Schnitzer, Ludwig-Maximilians-Universität München

Weitere Expertinnen und Experten aus der Leopoldina und von außerhalb.